Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 58. VII. BAND 1. Mai 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Nr. 58. 1. Mai 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Polen als Friedensfaktor.

Bei den Polen ist es längst ein Axiom, dass die Teilung Polens einer der Hauptgründe des europäischen Krieges ist. Die geographische Lage Polens bringt es mit sich, dass dieses Land ein Mittelpunkt des Hauptverkehrs nach dem europäischen Osten ist; hier war der Knotenpunkt zwischen den ost- und den westeuropäischen Slavenvölkern, zwischen diesen und den Nordländern, besonders aber zwischen dem Slaventum und Deutschland. Napoleon I., der doch diese Sachen verstand, nannte deswegen Polen den Schlüssel zum europäischen Gewölbe (la chef de la vôute européenne). Drum war es — wie Schmoller sich seinerzeit ausdrückte — auch von wissenschaftlichem Standpunkte ein Fehler, dass dieses Gewölbe auseinandergerissen wurde. Die Folgen sind einleuchtend, besonders für die Beziehungen zwischen Russland, das seit undenkbaren Zeiten seinem Drang gegen den Westen folgte, und zwischen den Deutschen. Polen war die natürliche Scheidemauer zwischen diesen gegeneinander vordringenden Mächten; schon die erste Teilung bringt sie in direkte Nachbarschaft, die für den Kenner der Völkerpsychologie nichts gutes verhiess; die letzte Teilung und nachher der Wiener Kongress haben dem preussischen Staate statt des bisherigen friedlich gesinnten polnischen Nachbarn, der ganzen Ostgrenze entlang den vordringenden Russen vorgeschoben. Ungeachtet der gegenseitigen guten Beziehungen zwischen den beiden Grossmächten, blieb Polen — nach der Bezeichnung des Reichskanzlers — für

Russland das „Einfallstor“ gegen Deutschland, oder, wie es die letzte Proklamation der russischen Regierung nennt — ein „Wall gegen den Druck der Zentralmächte auf die slavischen Nationen“. Die Polen haben ihrerseits weder als Einfallstor noch als Wall dienen wollen, sondern ihre staatliche und nationale Unabhängigkeit wiedererlangen, und eine polnische Generation nach der andern bekundete diesen Willen mit bewaffneter Hand oder unterminierte das Land, wenn nicht ganz Europa, mit unterirdischen Verschwörungen. Fügt man nun die Zerrüttung der moralischen Begriffe hinzu, die die Knechtung Polens nach sich zog, ferner die Ausbeutung Polens im diplomatischen Spiel der Westmächte, so wird es klar, dass Polen trotz seinem Willen zu einem starken Kriegsfaktor in den europäischen Systemen eines ganzen Jahrhunderts wurde. Die polnische Nation, die vor ihrem Untergange ein ganzes Jahrhundert lang pazifistisch war und durch diesen Pazifismus eben zugrunde ging, musste im letzten Jahrhundert einen europäischen Krieg ersehnen, im tragischen Bewusstsein, dass dieser Krieg wie einst der grosse napoleonische auf polnischem Boden ausgekämpft werden wird.

Der blutige Völkerkrieg ist gekommen, die Voraussehungen der polnischen Denker haben sich als richtig erwiesen. „Die polnische Frage — formuliert der Aufruf des polnischen Staatsrates an die russische Regierung — konnte nur durch Schaffung eines polnischen Reiches gelöst werden. Diese geschichtliche Notwendigkeit erkannten zuerst die Regierungen der Mittelmächte. Ihr Akt vom 5. November rief den unabhängigen polnischen Staat ins Leben, wenn er auch seine Landesgrenzen noch nicht bezeichnete. Nunmehr erkennt auch die provisorische russische Regierung die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes an und stellt auf diese Weise fest, dass die Wiedererstehung Polens eine unabweisbare geschichtliche Notwendigkeit ist.“ Somit fallen aber die Kriegsgründe, die mit der Polenfrage zusammenhingen, und von diesem Standpunkt aus ist die Möglichkeit

gegeben, dem grauenvollen Ringen aller gegen alle, unter denen auch die polnische Nation so unsäglich leidet, ein Ende zu machen.

Der polnische Staatsrat hat in seinem historisch gewordenen Aktenstück den Willen zur Schaffung einer starken polnischen Armee kundgetan. Das ist die einfache Konsequenz der Tatsache, dass der polnische Staat besteht und bestehen will; das ist die Bürgschaft dafür, dass er seinen Befreiern ein leistungsfähiger Bundesgenosse ist und bleiben will. Das spricht natürlich aber nicht gegen seine Friedensbereitschaft. Im Gegenteil, je eher der polnische Staat mit seinen sämtlichen Atributen ins Leben gerufen wird, desto eher fällt eine der Hauptursachen nicht nur des gegenwärtigen Weltbrandes, sondern auch der künftigen Kriegsmöglichkeiten weg. Ohne ein freies Polen — kein freies Europa. Im Moment aber, wenn das freie Polen entsteht, wird nicht nur ein Herd der künftigen Verwicklungen beseitigt, sondern es entsteht auch eine Brandmauer zwischen zwei grossen Staaten, die die gegenseitige Stosskraft derselben und das Hinübergreifen von Feuer verringert. Somit ist das freie Polen eine der Hauptbedingungen und Hauptgarantien des Weltfriedens. Natürlich nicht die einzige. Die „Frankfurter Zeitung“ hat Recht, wenn sie behauptet, dass die Schaffung des Polenstaates auf keinen Fall alle Fragen erschöpft, die den Krieg zwischen Russland und Deutschland herbeigeführt haben und die während des Krieges neu aufgetaucht sind. Aber man kann ruhig annehmen, dass die Polenfrage im Zentrum der Angelegenheiten sich befindet und befinden wird, die über Krieg und Frieden entscheiden. Hiervon zeugt die hundertjährige Geschichte Europas; hiervon zeugt die grosse Rolle, die Polen in der internationalen Diplomatie während des Krieges gespielt hat; hiervon zeugt endlich der Schatten, den bereits jetzt schon der polnische Staat in der Weltpolitik vor sich wirft. Wir machen z. B. darauf aufmerksam, dass in England die Tendenz besteht, Polen dazu

zu benützen, um den russischen Einfluss auf die kontinentalen Verhältnisse zu sichern, damit England in Asien, vorzugsweise Japan gegenüber, freie Hand behält (E. J. Dillon: The Polish Problem, Fortnightly Review, März 1917, Seite 373 ff.). Es wird daher manche Anstrengung gemacht werden, um ein freies Polen zu schaffen, von Seiten, wo man solches am wenigsten erhofft hat, die wir aber zu gut kennen, um auf den Leim zu gehen. Polen, das dem Akt vom 5. November die Anerkennung seiner internationalen Stellung verdankt, dürfte gewiss keinen Anlass haben, der englisch-asiatischen Politik als Schieber zu dienen; seine Bedeutung sollte demnach anerkannt und demgemäss behandelt werden.

Wir ziehen daraus die zweite Schlussfolgerung. Nicht nur ein freies, sondern ein starkes Polen liegt im Interesse des Friedens, besonders im Interesse der Zentralmächte. Hier stossen wir auf eine anscheinende Schwierigkeit, die unsere Gegner nicht versäumt haben hervorzuheben. Es handelt sich um die Wünsche der Polen betreffs der Ostprovinzen der ehemaligen Republik. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ wie auch Herr Professor Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung“, deren Mangel an Annexionsgelüsten weltbekannt ist, sehen in diesen polnischen Wünschen Anzeichen der ihnen so verhassten Expansionsbestrebungen und befürchten, dieselben werden die Verständigung mit Russland verderben. Mit welchem Russland? möchten wir ergebenst fragen. Wenn es sich um das neue, im Entstehen begriffene Russland handelt, so sind es wahrlich nicht die Polen, die eine Verständigung zwischen ihm und Deutschland stören würden. Die freiheitlichen Polen, versichern wir die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und Herrn Professor Hoetzsch, sind es nicht, die Anbeter des absolutistischen Zarismus waren oder in ihrem Herzen geblieben sind; die Lenker des gegenwärtigen Russland wissen, dass die freiheitlichen Polen keinen Anlass zur Herbeiwünschung der gestürzten Autokratie haben, und

sollte Polen in seiner Entwicklung von Russland nicht mehr behindert werden, so dürften die Russen in ihrer Heimat unbesorgt nach ihrem Gutdünken ihre Aufgaben erfüllen. Aber auch die polnische Tendenz zur Vereinigung mit dem ehemaligen polnischen Ostlande kann von dem sogenannte neuen Russland nicht perhorresziert werden, wenn dasselbe den schönen Losungsworten treu bleiben will. Es fällt keinem Polen ein, z. B. die Weissruthenen zu vergewaltigen. In seinem ersten Aufruf vom 16. November 1917 sieht der polnische Staatsrat die grosse Aufgabe unseres Volkes in der Wiederbelebung des polnischen Staates, seinem wirklichen Aufbau, in der tatsächlichen Ausdehnung des im Akt vom 5. November verkündeten unabhängigen Staatswesens auf die Russland entrissenen, nach Polen gravitierenden Länder. In den letzten Worten, die in anderen Kundgebungen der massgebenden polnischen Organisationen variiert vorkommen, lebt eben ein Prinzip, das den altpolnischen Traditionen entspricht und auf dessen Boden sich auch das neue Russland stellen will. Bei der Verwirklichung kann es auf eine Volksabstimmung oder auf den Willen einer einzuberufenen Konstituante ankommen. Das sind aber Ideen, auf die auch das neue Russland eingehen soll, wenn es wirklich auch im Geiste erneuert ist. Sollte es aber darauf nicht eingehen und direkt die Angliederung der in Frage kommenden Provinzen an Russland verlangen, so hätten wir einen schlagenden Beweis, dass der neue Geist nur einen anderen Ausdruck für den alten gewalt- und eroberungssüchtigen Imperialismus ist — und umsomehr müsste Deutschland auf der Hut sein und das neue Polen so ausgestalten, dass es seine Rolle als Schutzwall zwischen beiden Grossmächten wirklich erfüllen kann.

Dank seiner im hundertfünfzigjährigen Leiden gestärkten Widerstandskraft, dank dem weisen, grosszügigen Akt vom 5. November, sieht das polnische Volk einer gesicherten staatlichen Zukunft an der Seite seiner Befreier entgegen, kann daher jetzt schon als Friedens-

faktor gelten; andererseits aber — und das soll sich der Feind merken — hat es so starke Menschenreserven, dass es auf alle Eventualitäten vorbereitet sein kann. Vom rein menschlichen wie auch vom politischen Standpunkte hat der Staatsrat mit Recht seine Friedensstimmung betont. Wenn dieser Stimmung eine Gefahr droht, so liegt sie nicht — wie die Rheinisch-Westfälische und die Kreuz-Zeitung behaupten — in den Aspirationen der Polen, die sich sehr gut mit nichtimperialistischen Aspirationen der Grossrussen vertragen, vielmehr liegt sie eben in der Stellung der obgenannten Zeitungen. Die Rheinisch-Westfälische Ztg. erachtet es jetzt für angemessen zu betonen, dass die Zentralmächte dem polnischen Staate Selbständigkeit, nicht aber Unabhängigkeit verkündet haben. Auch Herrn Prof. Hoetzsch ist die polnische Unabhängigkeit ein Gräuel und er kann sich der Sorge über die Entwicklung der polnischen Frage nicht erwehren, obwohl diese Entwicklung dahin führte, dass die polnische Armee dem Herrn Generalgouverneur v. Beseler unterstellt wurde. Liest man solche Stimmen, oder die ihr verwandte Rede des Herrn Abg. Dr. Diedrich Hahn, der Anspruch auf wenigstens einen Teil des Polenlandes für Siedlungszwecke erhebt, so gewinnt man den Eindruck, dass sämtliche Feinde kein erwünschteres Material haben, um zwischen den Polen im Königreich und in Russland Missstimmung zu wecken, und den Russen und den Engländern Gelegenheit zur Intervention zu bieten, u. z. unter den heikelsten Vorwänden. Die Polen sind wenig informiert, die Feinde haben keinen Anlass allzu ehrlich informiert werden zu wünschen; und so entsteht der falsche Eindruck, als ob hinter den genannten Gegnern Polens, für Deutschland massgebende Kräfte stünden. Dass wird gewiss keinen Friedensfaktor bilden — im Gegensatz zu dem polnischen Staate, der im Anschluss an die Zentralmächte, in der Hoffnung auf die Vereinigung mit seinem historischen Ostlande, zur Bildung seiner Armee schreitet, aber andererseits für den Frieden vollkommen reif ist.

Dr. Friedrich Naumann: Deutsche und Polen.

(Schluss.)

Es muss zugegeben werden, dass der Beselersche Gedanke etwas Neues ist. Einige wenige Köpfe mögen ihn vorher gedacht haben, aber als öffentliche Idee ist er neu. Dadurch, dass er von den zwei Kaisern als Programm aufgenommen wurde, gewann er an Wucht, immerhin braucht auch nach kaiserlichen Erlassen jeder weitgreifende Gedanke seine Wachstumszeit. Wenn nun also gegenwärtig jede von beiden Seiten der andern vorwirft, dass sie noch nicht auf der verkündigten Idee steht, so scheint mir schon darin eine gewisse indirekte Anerkennung des Zieles enthalten zu sein. Die Ungeduld ist gar kein schlechtes Zeichen.

Wir wollen einmal annehmen, der Generalgouverneur wäre heute in der Lage, den Polen eine fertige Verfassung in die Hand zu legen, die ihnen alle nicht militärischen und ausserpolitischen Staatsdinge überlässt. Ob das wirklich vorteilhaft für das Gelingen sein würde? Ich glaube es nicht. Mögen die Verzögerungen im Einzelfalle bedauerlich und selbst vielleicht zwecklos sein, so sind sie in ihrer Gesamtwirkung von grossem erziehlichen Werte für das spätere Zusammenleben von Deutschen und Polen. Indem man sich abmüht und streitet, grollt und verständigt, lernt man überhaupt erst die gegenseitige Psychologie und Methode kennen, was nicht immer ganz erfreulich, aber sehr notwendig ist. Aber allerdings das Verzögerungssystem darf nicht allzu lange dauern, denn von irgendeinem Zeitpunkte an wird die Enttäuschung zur Erkaltung und Interesselosigkeit. Man muss Fortschritte sehen können und zwar auf beiden Seiten.

Sehr oft habe ich das Wort „polnische Psychologie“ gehört oder polnische Mentalität. Es geschah das bisweilen an Stellen, wo die einfache Logik zur Begründung nicht ausreichte. Damit soll gesagt werden, dass

es ein besonderes polnisches Nationalbewusstsein gibt, das seine Eigentümlichkeiten und seinen Eigensinn besitzt. Dieses Bewusstsein ist scheu und stolz zugleich; scheu, weil es sich nicht mit dem Verstande vortragen lässt, und stolz, weil der Pole an sich und seinen Genius glaubt. Dieser Glaube hat ihn bis an die Schwelle der neuen Staatsgründung gebracht, ihn will er festhalten mit beiden Händen. Von hier aus versteht sich vieles, was sehr ablehnend und doktrinär klingt. Der Pole hat in gewissen Sinne vor sich selber Angst, dass er zu nachgiebig und opportunistisch sein könnte, und wird nun dadurch etwas steifer nach aussen, als es seiner sonst verbindlichen und biegsamen Natur entspricht. Er will keinen ersten Schritt tun, will nicht von sich aus Pläne einreichen, will etwas gebeten sein; dann wird er gern sich zur Verständigung bringen lassen, aber er hält auf Form. Andrerseits hält der deutsche Offizier auch auf Form, aber auf eine andere, nämlich auf die beständige richtige Innehaltung der einmal vorhandenen dienstlichen Abhängigkeiten. So kommt es, dass beide bisweilen aneinander vorbeigehen und jeder denkt, dass der andere ihm eigentlich etwas zu sagen habe.

Das aber sind im Grunde Uebergangsschwierigkeiten. Der Weg des amtlichen und persönlichen Verkehrs wird immer gangbarer. Dabei ist ein starkes, deutsches Interesse, dass wir nicht nur mit einer uns zugewendeten Partei verkehren lernen, sondern mit der Nation als solcher. Alle Parteien sind wandelbar, aber die Weltgeschichtslage Polens zwischen Russland und Mitteleuropa bleibt, und aus ihr ergibt sich unsere Aufgabe.

Es gehört vielleicht an diese Stelle eine ganz allgemeine Bemerkung über das Verhältnis der westslawischen Kulturen im ganzen zur deutschen Kultur:

Je mehr der einzelne Pole oder Westslawe nur literarisch oder ästhetisch gerichtet ist, desto ferner pflegt er dem Deutschtum zu sein, je mehr er aber

technisch und wirtschaftlich gebildet ist, desto selbstverständlicher erscheint ihm der Zusammenhang mit dem deutschen Leben. Da nun das vielgenannte Wort Kultur bald mehr im schöngeistigen und bald mehr im praktisch-nützlichen Sinne verwendet wird, so kann man an demselben Abend hören: die deutsche und polnische Kultur sind sehr verschieden, und: sie sind sehr verwandt.

Auf dem Gebiete der Lebenskunst fühlt sich das obere Polentum dem durchschnittlichen Deutschtum überlegen, weil es noch starke Reste der alten französischen Kavalierskultur besitzt. Dass diese Kultur des 18. Jahrhunderts ihre sehr bedenklichen wirtschaftlichen und politischen Folgen haben kann, wird nicht verkannt, aber es steckt ein gewisses altes Herrenideal im Blute der Oberschicht und wird, wie es scheint, bis weit in die Demokratie hinein im kleinen nachgeahmt. Die alten Begriffe der Libertät, des Uebersehens von Kleinigkeiten, des sicheren Weltauftretens, der glatten Vielsprachlichkeit, der ausgesuchten Höflichkeit, der Ritterlichkeit, sind noch ziemlich gut erhalten, gleichsam Rokokobestandteile, die ihren alten Glanz nicht verloren haben. Für diesen Teil blieb und bleibt Paris die Hauptstadt der Welt, und Berlin wird nie dieselbe magnetische Kraft besitzen.

Auch auf dem Gebiete der Phantasie, Melodie, der innerlichen Kunst hält sich der Westslawe für begabter als die Deutschen. Er gesteht ohne weiteres zu, dass die Kunsttechnik in Deutschland sehr hoch steht, dass wir grosse Maler und Komponisten besitzen, aber diese Kunst ist ihm, wie mit scheint, zu rationell, zu korrekt und darum mehr Kunst der Form als Kunst des Gefühls. Es geht ihm unserer deutschen Kunst gegenüber in gewissem Sinn ebenso wie uns gegenüber der französischen Kunst: wir bewundern, aber wir werden ganz selten davon in der Tiefe ergriffen, denn wir merken mehr die Höhe des Könnens als den inneren Trieb, Lebensträume sichtbar und hörbar zu gestalten.

In irgendeinem Café sehe ich einen jungen Polen sitzen, dessen Gesicht und Haltung mich interessieren. Er kommt mir wie eine Verkörperung der aufwachsenden Intellektuellen seiner Nation vor: etwas theatralische Genialität bei nicht sorgfältig gepflegter Aussenseite, scharfe Augen, Kunst des Minenspieles, weite bunte Nebelgedanken, deren Wogen ihm Freude macht und deren Disziplinierung ihm kein dringendes Bedürfnis ist. Er würde sich, so ahne ich, leichter mit Schiller befreunden als mit irgendeinem der heutigen Deutschen, denn das technisch gewordene Deutschtum der Gegenwart ist ihm eine Art von Austrocknung. Er fühlt, seine materielle Kraft wehrt sich aber dagegen, als spräche er bei sich das Wort der Bibel: Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele? Es lebt in ihm romantischer, katholischer, östlicher Protest gegen die Verstandeskultur der Söhne Kants. Er kann Nietzsche vertragen, weil er rhythmisch ist, er will nichts wissen von Bismarck und allem, was seines Geistes ist.

Ich sprach mit einem Polen über die preussischen Polen und hörte etwa folgende merkwürdigen Worte: sie sind der Sprache nach polnisch, aber die meisten von ihnen sind schon Pedanten geworden, das heisst Deutsche!

Während nun ein Teil der Polen sich gegen die Angewöhnung an die deutsche Geistes- und Arbeitsweise sträubt, kann ein anderer Teil garnicht anders, als sich ihr auf dem Wege praktischer Studien und Arbeiten zu nähern. Dies geschieht vielfach ohne klares Bewusstsein, dass es speziell deutsche Eigenschaften sind, die man aus Nützlichkeitsgründen heranziehen will und muss. Man denkt nur reine Technik zu übernehmen und merkt erst ganz allmählich, dass es eine reine, für sich allein existierende, übertragbare und lernbare Technik nicht gibt. Alle Technik ist im Grunde ein Seelenzustand, der sehr viele innerliche Voraussetzungen hat. Ueberall, wo man Maschinen importiert

oder nachahmt, mechanisiert man in etwas den Lebensgeist derer, die an ihnen arbeiten und die von ihnen arbeiten und von ihnen versorgt werden. Eine moderne Landwirtschaft setzt in diesem Sinne moderne Menschen voraus. Genossenschaftswesen ist Seelendisziplin, Gewerkschaft ist Erziehung. Und alles dieses Neue, das durch hundert Ritzen in das Leben aller Westslawen eindringt, wird ihnen von Deutschland aus dargeboten. Selbst wenn es englischen und amerikanischen Ursprungs ist, bekommt es deutsche Färbung. Das ist nicht Germanisation im sprachlichen Sinne, aber Anbahnung einer Kulturgemeinschaft für nächste Generationen.

Es scheint mir, dass die Zeit der Okkupationsregierung und Staatsgründung trotz stärkster polnischer Gefühlsproteste und Abneigungen eine Verschiebung der geistigen Zustände im Polentum im Gefolge hat, die wichtiger ist als selbst die französische Periode von 1806 bis 1812. Man redet noch in den alten Worten, aber das Denken, das hinter den Worten liegt, wandelt sich. Die deutsche Armee wirkt als ein Gesamteindruck. Sie weckt in Polen das Verlangen, etwas ähnliches haben zu können. Obwohl die Polen reichlich genug Gelegenheit haben, auch die Menschlichkeiten und das allzu Menschliche an uns zu sehen, so sind sie doch begabt genug, um nicht am Nebensächlichen hängen zu bleiben. Es gibt nichts Erfolgreicheres als den Erfolg.

Die russische Fremdvölkerfrage und Polen.

I.

Sobald Wien nach der Mordtat am Thronfolger des Habsburgischen Reichs das Ultimatum nach Serbien schickte, stimmten Minister und Presse in London, Paris, Petersburg ein einstimmiges Wehe der Entrüstung an, niemals habe ein grosser Staat einem kleineren grössere, ihn schändende Demütigungen zugedacht. Abgesehen von der sehr fragwürdigen geschichtlichen Rich-

tigkeit dieses Urteils und der mangelnden moralischen Würdigung des Falles verrieten diese Anklagen wie überhaupt das ganze Wutgeschrei, das sich damals an der Newa, Seine, Themse erhob, ein vollständiges Verkennen der politischen Phahlwurzeln der Prozesssache, die vor dem Tribunal Europas zur Entscheidung stand. Wien hatte sich nicht nur unendlich viel Bosheiten der Hintertreppenpolitiker gefallen lassen, die in Belgrad ihr Wesen trieben und alle Pflichten eines loyalen Nachbarn mit Füssen traten, sondern war auch um des lieben Friedens willen manchen Schritt vor der allslavischen Wühlerei des Moskowitertums zurückgewichen, der mit seiner Grossmachtwürde nicht in rechtem Einklang stand. Jetzt aber wehte wieder Höhenluft in der Politik. Das Urgestein der grossen Staatsideen und Staatsnotwendigkeiten hob sich in aufstrahlender Nebel und Wolkendunst zerreissender Sonne wieder machtvoll empor. Es handelte sich für die Habsburger-Monarchie um den Beweis ihres Daseinsrechtes, ihrer Lebens- und Entwicklungsfähigkeit, um die Behauptung der Hoheit des monarchischen Gedankens nicht nur im eigenen Burgfrieden des paritätischen Nationalitätenstaats, sondern in ganz Europa, und die grossen, harten und unerbittlichen Entschlüsse, die so in schicksalsschwerer Stunde reiften, sie erwiesen sich als eine erlösende Tat mit den glücklichen Wirkungen, die noch niemals nervigem, heldenhaftem, über das diplomatische Alltagsgezänk sich erhebendem Handeln versagt blieben. Der völkische Hader wich dem Morgenlicht des kraftvoll sich bewährenden Staatsideals, und das Gemeinbürgschaftsgefühl der Mittelmächte verdichtete sich zu eherner, für alle Zeiten unlöslich gewordener Schwertgenossenschaft. Hätte man an der Newa irgendwelches Verständnis für diese Welthintergründe der Tragödie gehabt, deren Vorspiel damals begann, man würde sich noch in letzter Stunde eines besseren besonnen und den Mobilisierungsbefehl, der den Uebergang vom Notenwechsel zu den stärkeren Mitteln der Politik unaus-

weichlich machte, zurückgezogen haben. Bedeutete doch eben das Gesetz, dessen Verteidigung sich als Stärke der über die Achsel angesehenen Doppelmonarchie erwies, eine tiefinnerliche und zersetzende organische Schwäche des zarischen Reichsriesen. Ueber die Grenzen des Nationalstaats war er, wie Oesterreich-Ungarn, längst hinausgewachsen, vermochte aber, anders wie dieses, die Gäste am Tisch seiner Fremdvölkerherberge nur durch einen gewalttätigen, kulturfeindlichen Despotismus zusammenzuhalten. Statt also Habsburg den Fehdehandschuh hinzuwerfen, hätten die Romanows wahrlich klüger getan, sich darauf zu besinnen, das die Waffe der Tyrannei kein geeignetes Kampfwerkzeug zum Niederringen eines solchen Feindes ist, hätte ein Miljukow, der heutige Umsturzheld und damalige allrussische Hetzer und Lobredner des Zarismus, bedenken sollen, wie er einst, in besseren Stunden, Oesterreich als den „Staat der Zukunft" gepriesen hatte. Aber die Stimme der Vernunft hatte keine Geltung bis heute, da die alte Wahrheit, dass die Hybris früher oder später die Nemesis ereilt, sich auch hier durchsetzt. Von Tag zu Tag wird deutlicher, dass die Revolution nicht davor Halt macht, den Zarenthron und alle seine Stützen umzustossen, sondern auch das Fremdvölker-Schicksalsproblem in der ganzen Weite und Breite aufrollt — um damit den Bestand des russischen Staatswesens als Grossmacht überhaupt in Frage zu stellen. Nicht nur in Finnland reckt sich der alte Tawasten-Unabhängigkeitsdrang kräftiger denn je empor. Auch die Letten und Esten bilden alsbald Nationalkomitees, die weitgehendste Selbstbestimmungsrechte verlangen. Nicht anders werden in der Ukraina die alten Freiheitsregungen flügge, im Kaukasus hat sich bereits eine Art Sozialistischer Nebenregierung gebildet und aus Turkestan, dem Hochsitz der islamischen russenfeindlichen Bewegung, weiss Kuropatkin, der Generalgouverneur, auf Anfragen der vorläufigen Regierung über den Anschluss der Bevölkerung an die neue Machthaberschaft nur zu melden,

dass die geheime müslimische Organisation stärker denn je sei, dass Vertrauensmänner nach Buchara, Chiwa, Konstantinopel hin- und herwanderten und unverkennbar die Zeit für günstig erachteten, das Ziel der Errichtung eines unabhängigen mohammedanisch-mittelasiatischen Reichs zu verwirklichen. Kurz, der doppelt und dreifache Ring von Hoheitsgebieten fremder Rasse, Wirtschaft, Sprache, Gesittung, den das Russentum teils zu seinem Schutz, teils in nimmersatter Länder- und Eroberungsgier um das alte Stammreich Moskowien gelegt hat, droht in allen Fugen zu zerbrechen, und von der Ostsee über die Krim und Kaukasien bis zum Pamirhochland zieht sich ein einheitliches Bebengebiet, dessen vulkanische Ausbrüche sich vielleicht letzten Endes als noch weit bedrohlicher erweisen werden als die Umsturzgluten im Innern des Reichs, deren Flammenkreis sich heute immer unberechenbarer weiter und weiter ausbreitet.

Bekanntlich hat Nikolaus II., der unselige entthronte Herrscher, der in allen seinen Handlungen den Zuschnitt der Halbheit, Mittelmässigkeit, des Subalternen zeigte und nur in einem, in der Grausamkeitsduldung, gross war, alles getan, um diese Gefahr über sein Haupt und seine Machterben heraufzubeschwören. Alexanders III. Regierung zeichnete sich, namentlich in ihrem Auslauf, durch eine geradezu fanatische, von religiösem und politischem Eifertum bestimmte Verfolgung alles dessen aus, was national oder kirchlich seine Selbständigkeit zu wahren suchte. Der Verrussungswahnsinn war Trumpf. Als Nikolaus nachfolgte, atmete daher alles erleichtert auf: man hoffte wenigstens, dass ein Hauch neuen Freiheits-Pfingstgeistes vom Thron aus durch das Land gehen werde. Die vollkommene Enttäuschung folgte den grossen Erwartungen auf dem Fuss: die bescheidensten Bitten um Selbstverwaltungsrechte wies er als „sinnlose Schwärmereien“ ab und war dafür umsomehr für alle Ratschläge zu haben, die auf willkürliche Vernichtung der den fremden Nationalitäten ver-

traglich beschworenen Freiheiten hinzielten. Die Umsturzflut vor 12 Jahren konnte schon deshalb die schon damals immer heisser werdende Gärung unter den „Parasiten" und „Mestizen", wie sich Stockrussen vom Schlag eines Dubrowin und Schmakoff auszudrükken liebten, nicht durchschlagkräftig zum Ausdruck bringen, weil sie im Grunde nur eine Stichflamme war, die aus dem überhitzten Kessel des Reichsinnern stiess und wohl in einzelnen Teilen der Peripherie bereitliegenden Zündstoff in Flammen setzte, nicht aber ihren Glutherd in einer alle Teile des Reichs gleichmässig umfassenden Volksnot hatte. Heute liegen die Dinge anders. Herz und Nervenzentrum des zarischen Reichs krampft sich unter dem täglich zunehmenden Druck der Kriegsnöte immer heftiger zitternd zusammen, halb im Lähmungsschrecken, halb zum Widerstand bis zum äussersten bereit. Aber die Glieder versagen den Dienst. Das alte, fast zum Spottvers gewordene Schlagwort: Polen ist noch nicht verloren! bekam durch die kühne, wenn auch gewiss noch in schweren Kämpfen zu befestigende staatsmännische Tat der Mittelmächte plötzlich Wirklichkeitsbedeutung, und damit ist notwendig das gesamte Problem „Osteuropa" sowie der Kern und Phahlwurzel der Fremdvölkerfrage auf eine neue Gleichung gebracht. Sie wird nicht mehr auf die phraseologische, allslavisch-russische, sondern auf die reale geschichtlich-europäische Linie eingestellt. Man erinnert sich, wie Polen einst der mächtigste Staat im Herzen Europas war, der nach der Lubliner Union annähernd 1 Million qkm umfasste, wie durch Karls XII. Feldherrntaten nnd Friedrich des Grossen Politik die ganze Prozesssache in die geschlossene Verkettung und Umfassung eines weltpolitischen Machtproblems gebracht wurde, dessen Pendel einheitlichen Zuges von Skandinavien bis zur Türkei schwang. Man folgert also durchaus logisch, dass die Wendung in der Lage Polens mit der Unerbittlichkeit politischer Naturgesetze in naher Zeit auch eine durchgreifende Wendung des

Schicksals der benachbarten, einstweilen noch unter moskowitischem Regiment stehenden Völkern nach sich ziehen müsse, und dass infolge der Aufwerfung all' dieser Fragen wiederum mit gleicher Notwendigkeit die Bewegung der ganzen Reihe der übrigen Fremdvölker sich fortsetzen werde. Denn jetzt eben drängt sich der Machtfaktor als Zersetzungselement gebieterisch hervor, dessen Bedeutung Petersburg bei seiner Herausforderung Oesterreich-Ungarns so vollkommen verkannte. Um wieviel älter, wurzelfester und kraftvoller die Kultur der sämtlichen europäischen Fremdvölker ist, über die der Zarismus seine Faust ausstreckt, braucht hier nicht eingehend klargestellt zu werden. Dasselbe gilt aber auch für einen grossen Teil selbst der asiatischen Gäste am Tisch des zarischen Herbergvaters. Georgien, das alte Iberia und einstige Reich des Pharnabazus, ist der einzige Staat, der sich nach Untergang der beiden christlich-abendländischen Reiche Byzanz und Armenien unter dem Zeichen des Kreuzes erhalten, dessen iranische Rasse ihr reines Blut, ihre Sprache und drei Schriftarten — die grosse und die kleine Kirchenschrift und die Verkehrsschrift — sich bewahrt, kurz alle Grundlagen nationaler Organisation besitzt und sie in neuer Zeit mit frisch erwachsendem Kraftgefühl befestigt und ausgebaut hat. Im Turan bestanden grosse türktatarische Reiche, lange bevor es ein Zartum gab, ja die damaligen Russen waren den Fürsten dieser Reiche untertan, und die Botmässigkeit begründete sich natürlich auf die kulturelle Ueberlegenheit der byzantinischen, später islamisierten Staatswesen. In den langwierigen Kämpfen der Gossudare von Moskau gegen Kasan, die schliesslich mit dessen Eroberung 1552 durch die Russen endeten, waren nicht diese, sondern die müslimischen Gegner die Träger der höheren Gesittung, wie es schon die Form des Einzuges der Sieger in die unglückliche Stadt bezeugt: Iwan der Schreckliche liess alle Paläste, Moscheen, Schulen, Büchereien zerstören, wobei, nach den Klagen russischer

Geschichtsschreiber selbst, unersetzliche wissenschaftlichen Werte und Kunstwerke zugrunde gingen. Ja selbst die Zeit Peters des Grossen ist noch reich an Spuren, die auf Abhängigkeit russischer Grenzgebiete vom Tartarentum und auf Tributpflicht an dessen Herrscher hinweisen.

Heute sind just dreihundert Jahre vergangen, da, am 27. Februar 1617, Gustav Adolf, nachdem er Schweden zum Herrn nicht nur Flanderns und Estlands, sondern auch Kareliens und Ingermanlands gemacht hatte, auf dem Reichstag erklärte: „Nun kann dieser gefährliche Feind nicht ohne unseren Willen mit einem Boot in die Ostsee kommen: die grossen Seen Ladoga und Peipus, der narwasche Fluss, dreissig Meilen breite Sümpfe und starke Festungen trennen uns von ihm. Russland ist von der Ostsee ausgeschlossen, und ich hoffe zu Gott, dass es künftig den Russen schwer werden wird, über diesen Bach zu springen". Dem Russen ist dieser Sprung aber dennoch gelungen, und durch welche Waffen einer ebenso rücksichtslosen wie hinterlistigen Politik, davon weiss die Geschichte zu erzählen: sie sind das Spiegelbild der Mittel, mit denen überhaupt der gewalttätige tatarische Geist des Russen den Fremdvölkerzwinger aufzurichten und jahrhundertelang in Verschluss zu halten vermochte. Jetzt aber springen — und die Heere der Mittelmächte dürfen sich rühmen, die Pförtner zu sein — die Schlösser der Falltüren auf. Der chinesische Weise Liä Dsi hat gemahnt: es gibt in der Welt einen immer sieghaften und einen immer sieglosen Sinn. Der sieghafte Sinn heisst Demut, der sieglose Sinn heisst Gewalt. Ueberträgt man das Wort ins Politische und setzt anstelle von Demut ruhiges Selbstbewusstsein, Billigkeitsgefühl, Gerechtigkeitssinn, so hat man, in Block und Pflock, einen bündigen Hinweis auf den Urquell der Leidensgeschichte Russlands und die Spannungen zwischen ihm und seinen Fremdvölkern. Das Moskowitertum entbehrt des Bewusstseins der inneren geistigen und moralischen Ebenbürtigkeit mit den

Gästen seiner Nationalitätenherberge. Darum hat ihm von jeher der aufrichtige Wille zur Behandlung der Fremdvölker auf dem Fuss ehrlicher Anerkennung ihrer Gleichberechtigung gefehlt, darum suchte es letzten Endes alle Völkerrechtsfragen nach dem plumpen Schlüssel: possession is nine points of the law aufzulösen. Darum war Russlands rohe Lebensgier von jeher ebenso stark, wie sein Lebenssinn schwach, mit anderen Worten sein Daseinsrecht in der heutigen Gestalt zweifelhaft ist. Freilich hat alsbald der Umsturz-Wildstrom eine Richtung genommen, die auch die Fremdvölkerfrage auf ganz anderen Fuss stellen zu sollen scheint. Der Radikalismus drängt sich triumphierend vor und mit ihm wird die Idee der Föderativrepublik flügge. Nichts erscheint in der Tat natürlicher als ein solches Programm unter liberalen Auspizien: unzweifelhaft erscheint es, dass ein demokratisiertes zarisches Reich, genau so wie Oesterreich-Ungarn und nicht anders die Türkei, nur als paritätischer Nationalitätenstaat bestehen kann. Aber wer irgend geschichtskritisch zu denken vermag, dem ist ohne weiteres klar, dass, wie die Dinge in Russland liegen, hier ein solcher Schlüssel zur Lösung des Reformproblems versagen muss. Der generelle kulturpsychologische Grund dessen ist schon klar gestellt: der niedrige Stand, die Unter- statt Ueberlegenheit des Russentums auf der Gesittungsstufenleiter der Nationalitäten, die der Zarismus sich botmässig gemacht hat. Niemand würde wohl glauben, dass Oesterreich-Ungarn ein Menschenalter überdauerte, wenn etwa der Kaisersitz von Wien nach Prag verlegt würde und dem Tschechentum der Vorsitz und die ausschlaggebende Stimme im Völkerrat der Doppelmonarchie eingeräumt wüde. Und doch ist zweifellos die tschechische Kultur, wie es ihr blühendes, an geistlichen Liedern und Legenden und an didaktischen und allegorischen Gedichten gleich fruchtbares Schrifttum des 14. Jahrhunderts laut redenden Zeugnisses beweist, nicht nur weit älter, sondern auch viel selbständiger und reicher

als die russische. Dazu kommen die gerade heute in schärfstes Licht tretenden politischen Widerstände gegen eine russische Bundesstaatenschöpfung. Die Idee der Republikanisierung des zarischen Reiches ist offenbar ein Idol und blutloser Schemen. Die Masse des Volkes, dem der Glaube an das vergöttlichte Zartum der Stamm- und Grundbegriff seines Seelenlebens und alles höheren Denkens ist, wüsste damit jedenfalls gar nichts anzufangen. Der einzige feste Pol, der bisher als sammelnde Kraft der widerstrebenden Bestandteile des Reichs-Völkermischmasches gewirkt hat, war tatsächlich das gestürzte monarchische Ideal; gleichgültig aber, ob es in der Form des alten Polizeistaats oder in der Gestalt eines freiheitlicheren Verfassungsstaats wieder lebendig wird, für die „Mestizen“ und „Parasiten“, wie die echt russischen Leute vom Schlag eines Dubrowin und Schmakoff die Fremdvölker liebenswürdig zu nennen pflegten, wären in keinem Fall zuverlässige Pfänder für die Anerkennung ihrer natürlichen Selbstbestimmungsrechte gegeben. Die trimphierende Linke selbst hat bis vor kurzem in das Horn der schlimmsten grossrussischen Hetzer geblasen wie zum Beweis, dass nun einmal dem Moskowitertum jeder Sinn für Duldsamkeit abgeht, und zwar nicht nur auf nationalistischem, sondern auch auf dem damit engstens verbundenen kirchlichen Gebiet. Wurde auf jenem seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts mählich der Absolutismus hinter der Maske des allslawischen Idols versteckt, so gebrauchte man als Maske auf diesem die „Opferlamm“-Sendung, die messianische Menschheits-Erlösungsaufgabe des Grossrussentums. Indem der Heilige Synod alles, was in seinen Bannkreis fiel, kurzweg als Eigentum betrachtete und mit der zunehmenden Betriebsamkeit seiner Mission in allen Randgebieten des russischen Reichs sich in gleichem Schrittmass das System, durch Heirat, Gewissenszwang, wirtschaftliche und andere Druckmittel die Andersgläubigen in die orthodoxe Glaubensgemeinschaft zu treiben und damit zu „guten Russen“ zu machen,

entwickelte, war die kirchliche Unterwerfung in der Tat nichts anderes als die Vorstufe zunächst zur sprachlichen und ethnischen Auflösung der Fremdvölker im Tiegel des allrussischen Völkerbreis und schliesslich zur Beraubung des letzten altväterlichen Gutes, das ihr Selbständigkeits- und Ichgefühl und ihre Widerstandskraft stützte: des Landrechts. Lichtenberg hat einmal gemeint, in jedem Menschen stecke etwas, dass sich nicht brechen lasse, das Knochengerüst des Charakters: dieses ändern wollen heisse, einem Schaf das Apportieren lehren. Das Wort gilt sicherlich, wenn irgendwo und -wie, vom Petersburger Willkürgeist bei der Behandlung der fremdblütigen Untertanen: mit dem Tatarenblut sitzt dem Russentum dieser Despotengeist tief im Mark und wird wenn überhaupt jemals, gewiss nur dann schwinden, wenn er einmal vor die Notwendigkeit gestellt wird, seine Macht ganz auf eigenen Füssen stehend, nicht mit Hilfe unterjochter Völker verteidigen zu müssen. Die Art, wie heute, im berückenden Umsturztaumel und unsicheren Freiheitszwielicht, die meisten nationalistischen Parteien ihre Bereitwilligkeit zu loyaler Mitarbeit an der Verwirklichung des föderalistischen Programms erklären, mag daher als Ausfluss einer vom Strom des gärenden, stürmisch brandenden Zeitgeistes bestimmten Gelegenheitspolitik begreiflich und natürlich genug sein. Von weitem, nüchternem und am Kurs überlieferter Ideale zäh festhaltendem Blick, von geschichtlich unbestechlichem Denken zeugt sie gewiss nicht; die Enttäuschung und die Erkenntnis der wahren Lage muss so sicher folgen, wie nach dem Lawinensturz das nackte, granitharte, von Eis und Sturm ausgewitterte Urgestein eines Gebirgsstockes sich zeigt. Damit aber wird unmittelbar die überragende Sendung deutlich, die P o l e n, wenn es die Zeichen der Zeit richtig versteht, als Strombrecher und fester Fels im Wildstrom der aufgewühlten Gegenwart zu erfüllen hat: kaum selbst staatlich auf eigenen Füssen stehend, wird ihm schon die Aufgabe gestellt, als Vorkämpfer einer neuen Staatsordnung in

Osteuropa und fester, sammelnder Pol in der Flucht der Zeiterscheinungen sich zu bewähren.

(Schluss folgt.)

Dr. Frhr. v. Mackay.

Nach der russischen Revolution.

Zustimmung der Ententemächte zur Proklamation der russischen Regierung.

Die bekannte Proklamation der russischen Regierung betreffs Polen wurde jetzt auch von den Ententemächten gutgeheissen. Die französische und die englische Regierung taten es in rein offizieller, formeller Form, während die italienische Regierung es an einem Schwall von grossen Worten nicht fehlen liess.

Die polnischen Führer bei der russischen Regierung.

Am 31. März d. J. erschienen die polnischen Dumaabgeordneten, das Präsidium des demokratischen Komitees und anderer Organisationen bei den Vertretern der neuen Regierung. Bei Rodzianko und dem Fürsten Lwow hielt Bischof Cieplak eine Dankrede.

Die litauisch-polnischen Angelegenheiten in Petersburg.

Am 28. März hat in Petersburg eine Sitzung sämtlicher litauischen Komitees stattgefunden, die einen litauischen Nationalrat wählten. Derselbe nahm folgende Entschliessung an:

Angesichts dessen, dass Litauen in ethnographischer, kultureller und ökonomischer Beziehung eine politische Einheit bildet (? Die Red. der „Poln. Blätter“), ferner dass in der neuen Verfassung sämtliche Nationalitäten Litauens eine gesicherte nationale Entwicklung und einen Anteil an der Verwaltung haben sollen — wird beschlossen, dass Litauen als eine selbständige Verwaltungseinheit ausgesondert und seine Verwaltung Persönlichkeiten und Organen aus der einheimischen

Bevölkerung anvertraut wird. Ferner wurde die Wahl eines provisorischen Komitees für die Angelegenheiten Litauens beschlossen, aus 12 Personen bestehend; es sollen gewählt werden 6 Weissruthenen, 3 Juden, 2 Polen und 1 Russe.

Das litauische Komitee wurde vom Vizepräsidenten, Fürsten Lwow empfangen, der eine wohlwollende Erwägung der litauischen Postulate in Aussicht stellte.

Am 9. April versammelten sich in Petersburg die polnischen Duma- und Reichsratsmitglieder aus Litauen und Weissruthenien, Repräsentanten des polnischen demokratischen Komitees und anderer polnischen Körperschaften aus Litauen und Weissruthenien. Es wurde folgender Beschluss gefasst: die Einladung des litauischen Komitees wegen Entsendung polnischer Delegierten in dasselbe, wird abgelehnt. Die Versammelten sind mit den Litauern einig betreffs der Selbstbestimmungsrechte des Landes und glauben, dass das Land in der Einigkeit und Mitarbeit der Litauer mit den Polen und den sonstigen Bewohnern die beste Gewähr für seine Zukunft finden wird. Die bisherige despotische Regierung hatte das Land unter der Parole „divide et impera" beherrscht, die nicht ohne schlimme Folgen war. Jetzt handelt es sich darum, dass sämtliche Völker dieses gemischtsprachigen Landes frei ihren Willen betreffs ihrer Zukunft aussprechen. Eine Emigration aber, wie die in Petersburg, ist nicht geeignet, das ganze Land zu repräsentieren. Umsoweniger ist es der Fall, als die Litauer wie auch andere Nationen im historischen Litauen sehr ungleichmässig zerstreut sind. Nur das Gouvernement Kowno, als Ganzes betrachtet, besitzt eine beträchtliche litauische Majorität. Dagegen sind im Gouvernement Wilno die Polen und die Weissruthenen in der überwiegenden Mehrzahl. Was das Gouvernement Suwalki anbetrifft, haben die Litauer ein Recht zu dessen grösstem Teil. Solange aber die Ortsbevölkerung ihren Willen betreffs ihrer Zugehörigkeit nicht äussert, kann diese Zugehörigkeit nicht vorbestimmt werden.

Ein polnischer revolutionärer Klub in Moskau.

Am 2. April d. J. hat in Moskau die konstituierende Sitzung eines polnischen revolutionären Klubs stattgefunden. Dem Klub gehören folgende Organisationen an: die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S), die Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, die Union der polnischen fortschrittlichen Unabhängigkeits-Jugend, Gruppe der demokratischen Intellektuellen.

Ein Pole — Gouverneur des nicht okkupierten Litauens.

Zum Gouverneur des nicht okkupierten Teiles des Gouvernements Wilno und Kowno hat die provisorische Regierung Herrn Budrewicz ernannt. Herr B. ist Nationalpole und war eifrig im Wilnoer Bürgerkomitee tätig.

Die Fortsetzung des Romer'schen Atlas von Polen.

II.

Eine weitere Kartenserie (Tafel XVIII-XXIV) ist der geographischen Darstellung des Ackerbaues in den polnischen Landen gewidmet. Tafel XVIII bietet eine Uebersicht der Bodennutzung überhaupt. Stark angebaut ist der Westen und Südwesten diesseits der Linie Przemyśl—Warschau; gegen Litauen hin ist eine Abnahme bemerkbar, an der Pripet und der Beresina breitet sich ein Minimum aus, wo Sümpfe und Wälder bis heute die Oberhand behalten haben. Ein ähnliches Bild zeigt die dem Weizenbau gewidmete Tafel XIX, nur dass, dem ziemlich starken Wärmebedürfnis dieser Getreideart entsprechend, das Minimum hier nach Norden verschoben ist. Umgekehrt tritt der kälteliebende Roggen im Süden zurück, dagegen ist in Weissruthenien und Polesien Roggen weitaus die wichtigste Feldfrucht und im fernsten Osten, beiderseits des Dnjepr, tritt ein ausgedehntes Maximum auf; es sind die rauhen Winter

und kalten Nächte, welche dem Roggen hier zum Sieg über seine empfindlicheren Rivalen verhelfen. Geradezu im direkten Verhältnis zur Kontinentalität des Klimas aber steht die Verbreitung des Buchweizens, dieses Eindringlings aus den von eisigen Sturmwinden gepeitschten Fluren Nordostasiens, der sich dem europäischen Landmann wesentlich durch seine Genügsamkeit empfiehlt. Wo der Winter am mildesten ist, nämlich im Südwesten und gegen die Ostsee hin, zählt er gar nicht mit; sein einziges Maximum aber liegt eben dort, wo das grösste Maximum des Roggens liegt. Die Gerste hat ihr Hauptmaximum im äussersten Norden, in Kurland, wo es nicht nur dem Weizen, sondern auch schon dem Roggen ein wenig an Sommerwärme fehlt; die kleineren Maxima im Süden und Westen hängen grossenteils mit der Entwicklung des Braugewerbes zusammen. Umgekehrt hat der Hafer sein grösstes Maximum im äussersten Süden, nähmlich in den kalten und steinigen Hochtälern der Karpathen, wo nichts anderes mehr fortkommt; ein zweites Maximum an der Ostsee steht wohl jedenfalls zur Pferdezucht in Beziehung. Die Zuckerrübe fehlt im gesamten Nordosten; in Galizien wird sie nur in kleinem Massstab, aber intensiv angebaut. Der Flachs scheint vor dem modernen Weltverkehr und der Leichtigkeit des Baumwollimports zurückzuweichen; in Preussisch-Polen fehlt er meist so gut wie ganz, je näher aber gegen Grossrussland hin, desto wichtiger wird sein Anbau. Die für den Konsum der Arbeiter so wichtige Kartoffel erreicht ihr Hauptmaximum im Grossindustriellen Oberschlesien. Im übrigen aber merkt man es der Kartoffel an, dass sie erst in der Neuzeit auf dem Seewege aus dem fernen Westen gekommen ist; sie hat ihren Siegeszug nach Osten noch lange nicht vollendet. In den polnischen Stammlanden einschliesslich Ostgaliziens hält sie durchschnittlich etwa 30% der Anbaufläche besetzt, in Weissruthenien meist unter 20%, an der Düna und jenseits derselben unter 10%.

Das Bild ändert sich teilweise, wenn wir statt nach

dem Prozensatz der Anbaufläche nach der Intensität des Anbaues, also nach dem Ertrag pro Hektar fragen. Die grössten Erträge finden sich in Preussisch-Polen, die nächstgrössten in Kongresspolen und Galizien; Weissruthenien hat durchwegs niedrige Erträge, die kleinsten Erträge aber finden sich regelmässig im fernen Nordosten, beiderseits der mittleren Düna, wo schlechtes Klima und kulturelle Rückständigkeit zusammenwirken.

Was endlich die Gesamtproduktion von Brotgetreide in Kilogramm pro Einwohner betrifft, so zeigt die Provinz Posen die höchsten Ziffern, an zweiter Stelle folgt Westpreussen. Dagegen bildet der gesamte Nordosten ein einziges weitausgedehntes Minimum, wo freilich immer noch mehr Brotgetreide pro Einwohner geerntet wird als in einigen lokal bedingten, noch tieferen Minima (das grosse Kohlenrevier rings um die „Dreikaiserecke", ferner die unmittelbare Umgebung der grossen Städte, endlich die Karpathentäler.

Als ein Ding für sich erscheint auch in dieser Kartenserie wiederum die Ukraina. Was die Ausdehnung der Anbaufläche anbelangt, so bildet die Ukraina südlich vom 50. Breitegrad ein einziges gewaltiges Maximum, wo das Ackerland über 70% des Bodens einnimmt. Es handelt sich aber meist um extensive Kultur; die Erträge pro Hektar sind im Durchschnitt nicht eben hoch. Dabei baut die Ukraina, was den Anteil der einzelnen Feldfrüchte an der Ackerfläche betrifft, ungleich mehr Weizen als Polen oder gar Weissruthenien, dagegen viel weniger Roggen; beides entspricht ihren heisseren Sommern. Die Ukraina verwendet ferner einen grösseren Bruchteil der Anbaufläche auf die Zuckerrübenkultur als Polen, von Weissruthenien und Litauen gar nicht zu reden, sie baut ausserordentlich wenig Kartoffeln, dafür aber Mais und Hirse.

Ostgalizien aber erscheint auch hier wiederum keineswegs als ein typisches Stück Ukraina, sondern als ein Uebergangsgebiet, das in vieler Hinsicht weit mehr

mit Polen als mit der Ukraina gemein hat. An dem ukrainischen Maximum der Anbaufläche nimmt Ostgalizien nur mit seinem östlichen, jenseits der Złota Lipa gelegenen Segment Anteil; in Bezug auf die Getreideproduktion pro Kopf verhält es sich wie Westgalizien; dasselbe gilt, soweit die Bezirke westwärts von Lemberg in Betracht kommen, auch für den Anteil des Weizens an der Ackerfläche; die Roggenproduktion pro Hektar erreicht noch am äussersten Ostrand Galiziens eine Intensität, die sich wohl in Preussisch-Polen und Kongresspolen, aber nirgends mehr in der Ukraina wiederfindet; und in schroffem Gegensatz zu der kartoffelscheuen Ukraina baut Ostgalizien ebensoviel Kartoffeln wie Westgalizien und Kongresspolen.

Krakau. Dr. phil. W. Gumplowicz.

Der Haushaltsplan des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement Warschau für das Rechnungsjahr 1917/18.

Der Herr Generalgouverneur hat den Haushaltsplan des Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau für das Rechnungsjahr 1917 — umfassend die Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 — genehmigt.

Der Haushaltsplan schliesst in Einnahme und Ausgabe ab mit 215 000 000 Mark. Diese Summe verteilt sich auf die einzelnen Verwaltungszweige wie folgt:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
I. Allgemeine Verwaltung .	10 500 000	146 141 000
II. Allgemeine Finanzverwaltung	166 350 000	6 150 000
III. Justizverwaltung . . .	4 427 000	12 100 000
IV. Kirchen-, Schul- u. Hochschulverwaltung	20 000	11 160 000
V. Bauverwaltung	1 213 000	22 475 000

VI. Berg- und Salinenverwaltung	13 192 000	798 000
VII. Eisenbahnverwaltung . .	1 760 000	3 740 000
VIII. Forstverwaltung	15 130 000	5 880 000
IX. Landwirtschaftliche Verwaltung	1 160 000	4 360 000
X. Pressverwaltung	1 248 000	1 926 000
	215 000 000	215 000 000

Von den einzelnen Etatspositionen wären besonders hervorzuheben:

Allgemeine Verwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Verwaltungsgebühren	3 000 000	
Verwaltungskostenbeiträge der Zwangsverwaltungen . . .	1 150 000	
Beiträge der Kreiskommunalverbände als Entschädigung für Leistungen der Zivilverwaltung	462 000	
Besoldungen		17 293 000
Geschäftsbedürfnisse, Unterhaltung u. Anmietung der Diensträume, des toten und lebenden Inventars		3 400 000
Oeffentliche Gesundheitspflege		576 000
Bekämpfung von Tierseuchen .		100 000
Beseitigung der Kriegsschäden und Wiederaufbau		5 000 000
Flüchtlingsfürsorge und Unterhaltung hilfsbedürftiger Personen		2 500 000
Zuschuss zu den Kosten des Landespostbetriebs		9 461 000
Fürsorge für polnische Kriegsgefangene		120 000
Kunstpflege		80 000
Beitrag zur Verpflegung und Unterhaltung d. Heeres usw.		95 000 000

Familienunterstützung für Angehörige der poln. Wehrmacht		3 000 000
Zuschuss zu den Kosten des Landeseisenbahnbetriebs . .		1 174 000
Persönliche und sachliche Ausgaben des Staatsrates (Anteil d. Generalgouvernements Warschau)		1 500 000

Finanzverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Direkte Steuern	40 000 000	
Indirekte Steuern	65 050 000	
Zölle	30 000 000	

Justizverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Gerichtskosten, Geldstrafen usw.	3 851 000	
Besoldungen		7 400 000
Geschäftsbedürfnisse, Unterhaltung von Diensträumen, des toten und lebenden Inventars bare Auslagen in Zivil- und Strafsachen		940 000
Gefängnisverwaltung	575 000	3 705 000

Kirchen- und Schulverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Besoldungen		758 000
Geschäftsbedürfnisse usw. . .		93 000
Unterhalt der Universität . .		1 970 000
„ „ Technischen Hochschule		900 000
Unterhalt der Tierärztlichen Hochschule		30 000
Unterhalt der Landmesserkurse		20 000
„ „ Pharmazeutischen Kurse		15 000

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Unterhalt der Landwirtschaftlichen Hochschulen und sonstigen Schulen		85 000
Zuschuss zu der Kunstschule .		50 000
„ „ den mittleren Schulen		600 000
Zuschuss zu den Volksschulen		5 200 000
„ „ „ Kirchenlasten		1 320 000
Ausbildungskurse für polnische Beamte		100 000

Wegebauverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Wegeunterhaltung		5 000 000
Wegeneubau		4 500 000
Ungedeckte Baukosten d. Rechnungsjahres 1916		4 150 000

Strombauverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Unterhaltung der Brücken, Wasserstrassen usw. . . .		980 000
Erforschung der Flussläufe .		100 000
Deiche und Uferschutz . . .		1 110 000

(Notiz: Seit Einführung der Deutschen Verwaltung bis zum 31. März 1917 sind für Wege- und Brückenbauten im Gebiet des Generalgouvernements 100 500 000 M. verausgabt worden.)

Berg- und Salinenverwaltung.

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Abgabe der Gruben	8 500 000	
Abgabe der Kohlenverteilungsstelle	2 595 000	
Betrieb der Salzwerke . . .	1 693 000	311 000
„ des Solbades Ciechocinek.	312 000	102 000

Eisenbahnverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Betriebseinnahmen der Feld- und Kleinbahnen	1 260 000	
Betriebsausgaben für Feld- und Kleinbahnen		2 342 000
Restliche Bauarbeiten der Wieluner und Opatówek—Turek-Kleinbahn		203 000
Neubau der Kleinbahn Nasielsk —Płońsk—Raciąż		1 000 000

Forstverwaltung:

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Holzverkauf	12 820 000	
Fischerei, Jagd- und Nebenbenutzungen	426 000	
Sägewerke — Betriebseinnahmen und -Ausgaben . . .	1 447 000	688 000
Werben und Verbringen von Holz usw.		1 832 000
Forstkulturen		386 000

Presseverwaltung und Verlag der Staatsdruckereien.

	Einnahme M.	Ausgabe M.
Druckereibetrieb	1 175 000	
Gehälter und Löhne		774 000
Sonstige Betriebskosten		473 000
Papierbeschaffung		445 000

NOTIZEN.

Politisches.

Die Presse der österreichisch-ungarischen Okkupation über die polnische und litauische Frage. Die Lubliner Zeitungen berichten, dass die Pläne der Berliner Regierung in Sachen Litauens in der Presse des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes sehr lebhaft diskutiert werden. Die Zeitungen sämtlicher Parteirichtungen treten für eine Verbindung Litauens mit Polen ein. Einige Stimmen lauten dahin, dass die Vereinigung Litauens und des weissruthenischen Gebietes mit dem Königreich Polen ein gutes Verhältnis des Polnischen Staates zu den Zentralmächten verbürgen wird.

Die Polen wünschen einen Regenten. „Dziennik Narodowy" vom 18. d. M. führt aus, dass der Staatsrat durch die teilweise Uebernahme des Schulwesens und des Justizwesens aus einem blossen Beirate zu einer tatsächlichen Regierung werde und in gewissem Ausmasse die Exekutive übernehme. Umso aktueller werde die Frage der Einsetzung eines Regenten.

Auch „Dziennik Lubelski" befasst sich mit der Notwendigkeit der Erweiterung der Vollmachten des Staatsrates und seine Umgestaltung zu einer Regierung im wahren Sinne dieses Wortes.

Polnischer Staatsrat. Der Leiter des Finanzdepartements des Staatsrates, Herr v. Dzierzbicki, hat dem Kronmarschall sein Rücktrittsgesuch überreicht, verbleibt jedoch weiterhin Mitglied des Staatsrates.

Entfernung des Warschauer Denkmals von Paskiewicz. Der Warschauer Magistrat hat erneut beschlossen, das Denkmal von Paskiewicz auf dem Krakowskie Przedmieście zu entfernen und an seine Stelle das Denkmal des Fürsten Józef Poniatowski von Thorwaldsen zu stellen. Das letztere Denkmal ist im Jahre 1831 durch die Russen aus Warschau fortgenommen worden und befindet sich gegenwärtig in Homel. Der gegenwärtige Besitzer Homels, Herr Bałaszow hat seinerzeit feierlich versichert, dass er, wenn die Zeit hierzu gekommen sein wird, bereit ist, das kostbare Werk Thorwaldsens dem polnischen Volk wiederzugeben. Der Warschauer Magistrat hat alle Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles jetzt unternommen.

Ein Aufruf des Warschauer Erzbischofs. Der Warschauer Erzbischof, Eminenz Dr. Kakowski hat an die polnische Geistlichkeit und an das Volk einen Aufruf gerichtet, in dem zum Gebete für das polnische Vaterland aufgefordert wird. Wir lesen darin:

„Man soll Polen wirksam wollen, den sich bildenden polnischen Behörden die Ehrerbietung nicht verweigern und ihre Verordnungen gehorsam und diszipliniert, als die einer rechtmässigen Regierung, erfüllen.

Ihr hattet bisher eine weltliche Regierung, die Euch nach Glaube Herkunft und Sprache fremd war und dieser Regierung habt ihr gehorcht wie Sklaven und euch mit Furcht und Schrecken der Uebermacht gebeugt; in dem freien und unabhängigen Polen werden die Aemter durch eure Landsleute, eure Söhne und Brüder besetzt, denen ihr als freie Menschen aus freiem und ungezwungenem Willen in Liebe und Ehrfurcht gehorchen sollt. Schwer versündigt sich, wer seiner rechtmässigen Regierung nicht gehorcht, noch schwerer, wer Zwietracht sät und ihre Autorität untergräbt, am schwersten, wer sie verächtiich macht. Das Vaterland verlangt von seinen treuen Söhnen, dass sie gehorsam seien denjenigen, die die Leitung der Nation übernommen haben; wer diese Personen verachtet, verachtet das Vaterland, wer ihnen nicht gehorcht, gehorcht auch nicht dem Vaterland."

Zum Schluss erinnert der Erzbischof daran, dass auf den 6. Mai der Feiertag der Gottesmutter, der Königin der polnischen Krone, fällt. An diesem Tage soll der Gottesdienst in sämtlichen Kirchen besonders feierlich gestaltet werden und an Stelle der Predigt der obige Aufruf verlesen werden.

Verwaltung.

Neue russische Beamte für das okkupierte Galizien. Die russische Zeitung „Wietschernjeje Wremja" berichtet, dass nach den von Russland okkupierten Teilen Galiziens bereits neue, das Vertrauen der Revolutionsregierung geniessende Beamte entsandt worden sind. Dieselben sollen in Galizien neue soziale Organisationen bilden und das Verhältnis der Okkupationsregierung zu der einheimischen Bevölkerung auf eine neue Grundlage stellen.

Wirtschaftliches.

Das Vermögen der Stadt Warschau. „Der Besitz der Stadt Warschau an Gebäuden, Plätzen, öffentlichen Einrichtungen und Kapitalien beläuft sich nach einer vor dem Kriege vorgenommenen Schätzung auf rund 100 Millionen Rubel. Die Einnahmen aus diesem Besitz betragen etwa 662000 Rubel.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Zalachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.